

Kategorie 4.3 -allenfalls überprüfbar-

Auflistung der Vorschläge zu Sparmöglichkeiten
Umfrage vom Mai/Juni 2002 aufgrund CVP-Motion (Vorlage Nr. 981.1 - 10762)

Kapitel in RR-Bericht	Direktion	Konten-Gruppe	Bezeichnung	Betrag ca. Fr.	Gesetzes-änderung	Bemerkungen der Vorschlaggebenden
4.3	DI	1580	Denkmalpflege und Archäologie	850'000	ja	Vorschlag der CVP-Fraktion: Kostensenkungspotential ca. 30% im Vergleich mit anderen Kantonen
4.3	VD	2040	Allg. Sozialversicherung und Mutterschaftsbeiträge	950'000	ja	Aufgabe a.o. Ergänzungsleistungen AHV / IV und Mutterschaftsbeiträge
4.3	VD	2050	Landwirtschaftsamt	760'000	ja	Kürzung Beitrag an Hagelversicherung, an Hang- und Steillagen sowie an Bestände der Viehzuchtgenossenschaft (auch Vorschlag der AF)
4.3	BD	3000	Direktionssekretariat: Beitrag MINERGIE-Förderung bei Gebäudesanierung	250'000	nein	Rahmenkredit von 2 Mio. Franken steht nur nach Massgabe des jährlichen Budgets zur Verfügung. Rahmenkredit muss nicht ausgeschöpft werden. Ein gänzlicher Verzicht wäre jedoch gesetzeswidrig.
4.3	BD	3000	Baudirektion		nein	Vorschlag der AF: Standards bei kantonalen und vom Kanton unterstützten Bauten zurücknehmen
4.3	BD	3020	Tiefbau		nein	Vorschlag der AF: Reduktion von Strassenbauinvestitionen und Strassenunterhalt
4.3	BD	3023	Strassenunterhalt: Kleine Korrekturen und Unterhaltsarbeiten	300'000	nein	Weniger Belagssanierungen / Wertverminderungen der Strasseninfrastruktur, Verminderung Sicherheit, schlechter Strassenkomfort
4.3	BD	3025	Wasserbau	300'000	nein	Zurückstellen von Umweltschutz-Projekten
4.3	BD	3050	Amt für Umweltschutz: Massnahmen betr. Schadstoffbodenbelastung	80'000 - 100'000	ja	Massnahmen betr. Schadstoffbodenbelastung: Die Voraussetzungen zum Erhalt von Entschädigungen für Düngerverbotstreifen sind im Jahre 2001 erweitert worden. Sie könnten wieder rückgängig gemacht werden. Das "alte" Punktierungssystem (RRB vom 24.3.93 und 28.9.92) wird wieder eingeführt. Die jährlichen Entschädigungen würden wie bisher ca. Fr. 60'000.--, anstelle von ca. Fr. 150'000.-- betragen.
4.3	BD	3050	Amt für Umweltschutz: Massnahmen betr. Schadstoffbodenbelastung	150'000	ja	alternativ: Massnahmen betr. Schadstoffbodenbelastung: Es werden gar keine Entschädigungen für Düngerverbotstreifen mehr ausbezahlt (wie in der übrigen Schweiz). § 64 Abs. 3 GewG müsste entsprechend geändert werden. Wenn als Folge davon auch die zusätzlichen Pufferstreifen (10 m anstelle von 3 m gemäss StoV/LwG) aufgehoben werden, dürfte der Eintrag von Nährstoffen in den Zugersee zunehmen.
4.3	BD	3050	Amt für Umweltschutz: Unterhalt alte Kehrichtdeponie Baarburg	50'000 - 100'000	ja	Der Unterhalt der alten Kehrichtdeponie Baarburg wird vollständig den Gemeinden (ZEBA) überbunden. Gemäss KRB vom 16.9.63 übernimmt der Kanton die Hälfte der jährlichen Nettokosten, den Rest haben die Gemeinden gemäss der (damals) angelieferten Kehrichtmenge zu übernehmen. Aufhebung des KRB vom 16.9.63. Kostentragung nach Verursacherprinzip (Gemeinden waren/sind für die Entsorgung des Siedlungsabfalles zuständig).
4.3	BD	3050	Amt für Umweltschutz: Unterhalt alte Kehrichtdeponie Baarburg		ja	Die Oberflächenabdichtung der Deponie Baarburg muss in absehbarer Zeit saniert werden. Der Bund (VA-SA-Fonds) wird sich mit 40 % beteiligen, am Rest müsste sich der Kanton ebenfalls mit 50 % beteiligen. Mit der Aufhebung des KRB vom 16.9.63 würde diese Verpflichtung ebenfalls entfallen

Kategorie 4.3 -allenfalls überprüfbar-

Auflistung der Vorschläge zu Sparmöglichkeiten
Umfrage vom Mai/Juni 2002 aufgrund CVP-Motion (Vorlage Nr. 981.1 - 10762)

4.3	BD	3080	Amt für Raumplanung: Bau und Unterhalt Wanderwege	200'000	ja	Verzicht auf den Bau und Unterhalt der Wanderwege. Delegation dieser Aufgabe zu 100 % an die Gemeinden. §§ 7 und 8 GSW müssten angepasst werden. Der Kanton verliert das Schirmdach über die Wanderwege. Gefahr, dass das heutige Wanderwegnetz nicht mehr beibehalten werden kann. Negativ für Zug Tourismus und den Lebens- und Wohnkanton Zug.
4.3	BD	3080	Amt für Raumplanung: Beiträge für Naturschutz	500'000	ja	Verzicht auf den ökologischen Ausgleich. Streichen der Unterstützung der Bauern für die Pflege und Erhaltung der Hochstammobstbäume. Anpassung der Abgeltungsrichtlinien des Regierungsrates. Gesetzliche Grundlage § 3 GNL kann nicht eingehalten werden. Müsste ehrlicherweise gestrichen oder angepasst werden (Bst. c und g). Vertrauensverhältnis zu Bauern würde nachhaltig gestört (vgl. Broschüre ARP). Ebenso müssten rund 130 Verträge sistiert werden.
4.3	BD	3080	Amt für Raumplanung	580'000	nein	Vorschlag der CVP-Fraktion: Kostenplafonierung auf 4 Mio.; externe Kosten sind zu hoch
4.3	SD	3590	Zuger Polizei	500'000	ja	evtl. Auslagerung des Verkehrskontrolldienstes an die Gemeinden (jedoch Synergieverlust bei Zuger Polizei)
4.3	SD	3590	Zuger Polizei		nein	Vorschlag der CVP-Fraktion: Stabilisierung auf heutigem Niveau; Nutzungsdauer der Fahrzeuge verlängern (Kostenvergleich mit anderen Kantonen)
4.3	GD	4030	Spitäler		nein	Vorschlag der AF: Kürzungen VR-Honorare
4.3	GD	4050	Gesundheitsamt		nein	Geringerer Beitrag an Lungenliga
4.3	GD	4050	Gesundheitsamt		nein	Geringerer Beitrag an Aids-Hilfe Zug
4.3	GD	4050	Gesundheitsamt		nein	Geringerer Beitrag an Mütter- und Väterberatung
4.3	GD	4050	Gesundheitsamt		nein	Geringerer Beitrag an Ergotherapiezentrum SRK
4.3	FD	5011	Reka-Checks	250'000	ja	bei Abschaffung unmittelbar negativer Einfluss auf den Kanton als Arbeitgeber
4.3	FD	5011	Aus- und Weiterbildung	250'000	nein	bei Abschaffung unmittelbar negativer Einfluss auf den Kanton als Arbeitgeber
4.3	FD	5011	Personalausflug	150'000	nein	bei Abschaffung unmittelbar negativer Einfluss auf den Kanton als Arbeitgeber
4.3	FD	5039	Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	1'000'000	nein	Hilfeleistungen im In- und Ausland reduzieren oder gänzlich abbauen; Möglicher Imageverlust
4.3	FD	5050	ITL	430'000	nein	Vorschlag der CVP-Fraktion: Kostenplafonierung auf 7 Mio.Fr. (Kostenvergleich mit anderen Kantonen)
4.3	Alle	Diverse	Drucksachen	1'600'000	nein	Vorschlag der CVP-Fraktion: Kostenreduktion um 20% ggü. VA2002 (Publikationswut hinterfragen; vermehrter Einsatz von Internet)
4.3	Alle	Diverse	Dienstleistungen, Honorare		nein	Vorschlag der CVP-Fraktion: Gutachten, Einsatz von Beratern und Mediatoren einschränken (nur mit Beschluss RR)